

# 12 Thesen zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Peter Krieg

Eine freie Gesellschaft produziert und braucht Dissens. Die Funktion der Medien wäre eigentlich, diesen Dissens zu artikulieren, um den Austausch von Ideen und Argumenten gerade auch da zu befördern, wo Politik sich allzu einig ist. Nur so können sich Innovationen durchsetzen, festgefahrene Vorstellungen verändern und Lösungen für hartnäckige Probleme gefunden werden.

Allerdings hat sich in unserem Land trotz formaler Meinungsfreiheit keine echte Dissenskultur entwickelt. Je wichtiger die Frage, desto mehr wird auf Konsens beharrt, werden abweichende Meinungen ignoriert oder gar diffamiert. Ob in der Familienpolitik, in der Umwelt- und insbesondere der Klimafrage, beim Auslandseinsatz deutscher Truppen oder der Entwicklungspolitik – fast durchweg wird in Politik und Medien Konsens unter weitgehender Ausgrenzung von unbequemen Gegenpositionen gepflegt.

Die Furcht vor Dissens ist allerdings nicht nur ein Problem der Strukturen (etwa parteihöriger öffentlich-rechtlicher Medien), sondern mindestens ebenso ein Problem der Journalisten und Medienmacher selbst. Sie haben sich weitgehend und ohne äusseren Zwang der Doktrin der „political correctness“ unterworfen, mitsamt deren zunehmend rigiden Denk- und Sprechverboten.

Die entwicklungspolitische Medien- und Bildungsarbeit ist davon nicht ausgenommen. Nicht zuletzt deshalb ist ihre Bilanz kaum besser als die der Entwicklungspolitik: beide haben bisher weder einen substantiellen Beitrag zur Verbesserung der Lage armer Länder geleistet, noch zu einem besseren Verständnis der Ursachen dieser Armut und der Möglichkeiten, sie zu beenden, beigetragen. Das ist kein Zufall: unsere Politiker, Entwicklungshelfer und entwicklungspolitischen Journalisten und Bildungsarbeiter orientieren sich im Wesentlichen an einem gemeinsamen ideologischen Fundus, der nicht etwa von entwicklungsökonomischen Theorien, sondern von sozialistischen, sozialdemokratischen und christlich-sozialen Verteilungstheorien gespeist wird. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus wurde die zugrunde liegende Doktrin nicht etwa kritisch hinterfragt, sondern fast nahtlos in das neue Gewand der Political Correctness eingekleidet. Daher hat sich auch die grundlegende Argumentationslinie der entwicklungspolitischen Medien und Diskussionen kaum verändert. Die folgenden 12 Thesen fassen die Kritik an diesem Zustand zusammen:

1. Die entwicklungspolitische Diskussion zeichnet sich nach wie vor durch weitgehende Ignoranz gegenüber ökonomischen Prozessen, übertüncht durch moralischen Überlegenheitsdünkel aus. Subsistenzwirtschaft etwa wird gegenüber Formen höherer Arbeitsteilung romantisiert, die mit „Kapitalismus“ gleichgesetzt und verdammt werden.
2. Es herrscht ein oberflächliches und illusorisches Demokratieverständnis vor, das in einer unkritischen Staatsverherrlichung mündet, die dann als Idealbild jeder traditionellen indigenen sozialen Form übergestülpt wird.
3. Die Pflege sozialistischer Räuber-Romantik mit Personenkult um charismatische Führerfiguren von „Freiheitsbewegungen“ hat sich zwar mangels solcher Figuren abgeschwächt, aber die Unterstützung und Apologetik linker Diktaturen, samt ihrer Propagierung von Zwangswirtschaft und Zwangs-Umerziehung lebt fort.
4. Unkenntnis und Unverständnis indigener sozialer Strukturen (z.B. Stammes- und Clangesellschaften) führen zur Ignorierung und Verachtung traditioneller Rechts- und Sozial-Strukturen und ihres entwicklungspolitischen Potentials.

5. Monokausale Erklärungsmuster (Kolonialismus) bei gleichzeitiger Ignorierung der vorkolonialen Geschichte mündet folgerichtig in der paternalistischen Propagierung eines postkolonialen Nationalismus in willkürlich gezogenen, aber als unveränderlich gesehenen Kolonialgrenzen. Selbstbestimmung, separatistische oder secessionistische Strömungen werden bekämpft.
6. Katastrophenhilfe wird weiterhin als Dumping für einheimische Überschüsse und zur Marktöffnung missbraucht. Statt konsequent die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen als Voraussetzung für gerechte und faire Handelsbeziehungen zu fordern, werden diskreditierte europäische Rezepte des Protektionismus, Merkantilismus und Interventionismus propagiert.
7. Die ökonomische Erfolgsgeschichte Europas und Nordamerikas, insbesondere die Rolle von Kapitalismus, Liberalismus und Freihandel werden ignoriert. Stattdessen werden obsoleete markt- und unternehmerfeindliche Politikrezepte propagiert. Statt die Entwicklung eines starken Mittelstandes als Innovations- und Entwicklungsträger zu befördern, werden ineffiziente und wirkungslose Kollektivlösungen („Armutprojekte“) bevorzugt.
8. Die sozialistischen und zentralistischen Rezepte orientieren sich weniger an Entwicklungsthemen, als vielmehr an den Dogmen der Political Correctness. Statt auf kritische Stimmen in den betroffenen Ländern zu hören, werden heimische Agenden wie Umwelt, Klima oder Sozialstandards projiziert.
9. Das Hauptinteresse der Beteiligten liegt offensichtlich weniger an der Beendigung von Armut, sondern an Gewissenserleichterung, Rechthaberei und dem Ausfechten heimischer intellektueller und ideologischer Schlachten. Daher wechseln die bevorzugten Entwicklungsmodelle im Zyklus jährlicher Moden: von Genossenschaften zu Selbsthilfegruppen zu Frauen, Micro-Banking, Alternativenergien oder Sozialagenda...
10. Durch permanente „Katastrophenhilfe“ werden Menschen zu hilflosen Objekten degradiert und eigener Überlebensstrategien beraubt. Elementare Menschenrechte werden durch kulturellen Relativismus und Zwangsrezepte unterlaufen und relativiert. In den betroffenen Ländern werden unproduktive und invasive Projektbürokratien als Vollzugsorgane herangefüttert.
11. Kritiklos werden populistische Scheinlösungen (z.B. Schuldenmoratorium, 0,7% Entwicklungshilfe) und naive Strategien der Selbstberuhigung (Bildungsprämisse, Patenschaften etc.) propagiert. Einheimische Medienschaffende werden zur Legitimation und Bestätigung herangezogen, Kritiker ignoriert oder mundtot gemacht.
12. Unter dem Vorwand der „humanitären Hilfe“ werden militärische Interventionen, Zwangs- und Gewaltstrukturen unter internationalen oder „UN-Mandaten“ legitimiert, gebilligt und sogar gefordert. Militärisch abgesichertes und administrativ verordnetes Nation - Building (Kongo, Afghanistan, Irak, Somalia etc.) wird zur Aufgabe einer Weltregierungsähnlichen Kollektivmacht, anstatt zur alleinigen Angelegenheit der betroffenen Völker.